

Vorlage Nr. 101.19.267

28. Oktober 2021

1 von 2

Absenkung des Wahlalters

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung und die Fraktionen des Hessischen Landtags auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das aktive Wahlalter für Abstimmungen auf kommunaler und Landesebene und für die Kommunalwahlen sowie die (Ober-)Bürgermeister*innen- und Landratswahlen und den Hessischen Landtag auf 16 Jahre festgelegt wird. Das passive Wahlalter wird für Kommunalwahlen (Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage) auf 16 Jahre, für Landtagswahlen auf 18 Jahre festgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Hessische Landesregierung, Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das aktive Wahlalter für Abstimmungen und für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament auf 16 Jahre, das das passive Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt wird.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender

Violetta Bock
Fraktionsvorsitzende Die

B90/Grüne

Linke

2 von 2